



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-33
Fernschreiber 0886890

P/XII/130 - 8. Juni 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Amerikanischer Vorschlag zur Wiedervereinigung	S.1
Eine notwendige Erinnerung	S.2
Gewitterwolken über der Regierung Zoli	S.4
Fritz Heine an die "Weltwoche"	S.6
Bezeichnender Übertritt von der CDU zur SPD	S.7

"Wie hatten erwartet"

sp - Der "Amerikanische Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands" hat am Wochenende der Regierung und dem Kongress der USA Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands unterbreitet, die im wesentlichen die Ablösung der militärischen Blockpolitik in Europa durch ein kollektives Sicherheitssystem auf der Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands zum Ziele haben.

In dem Memorandum wird als Ausgangspunkt weiterer Massnahmen die Konstituierung eines gesamtdeutschen Rates zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen und die Durchführung dieser Wahlen unter Überwachung des Rates und internationaler Beobachter vorgeschlagen. Eine Nationalversammlung soll die zukünftige Verfassung ausarbeiten und eine provisorische gesamtdeutsche Regierung bilden.

Wichtigster Kernpunkt der Vorschläge ist die Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems mit Nicht-Angriffsverpflichtung, Schiedsgericht für Streitfälle, Waffenbegrenzung und -kontrolle, Verzicht auf Atomwaffen, gegenseitiger Garantie durch die USA und die Sowjetunion und Registrierung als Regionalabkommen im Rahmen der UNO. Die Bundesrepublik soll aus den NATO-Verpflichtungen, Pankow und Polen sowie die Tschechoslowakei aus den Verpflichtungen des Warschauer Paktes entlassen werden.

Als nächster Schritt wird der Abzug aller ausländischer Truppen aus Mittel- und Osteuropa, die Umgruppierung der NATO, Aufnahme

Spaniens in das atlantische Bündnis und die Stationierung der bisher in der Bundesrepublik eingesetzten USA-Truppen auf der iberischen Halbinsel vorgeschlagen. Den Schlüsselstein dieser Konstruktion bildet die Forderung nach dem Friedensvertrag für Deutschland.

Den "Amerikanischen Rot für die Wiedervereinigung Deutschlands" gehören vorwiegend amerikanische Staatsbürger deutschen Ursprungs an. Die meisten von ihnen stammen aus Familien, die schon seit Generationen in den Vereinigten Staaten leben. Aber auch andere Amerikaner nichtdeutscher Ursprungs haben sich der Vereinigung angeschlossen. Darunter mehrere Senatoren und Kongressmitglieder. Sie alle fühlen sich verpflichtet, an der Überwindung der militärischen Blockpolitik in Europa mitzuarbeiten. Als sich der "Rot" vor einiger Zeit zum ersten Male an die Regierung mit einem Vorschlag wandte, liess Präsident Reagan den Initiatoren mitteilen, die Regierung werde die unterbreiteten Pläne "sorgfältig prüfen".

Für uns hier in Deutschland besonders interessant ist die Begründung, die der Vorsitzende des "Rates", Sperber, zur Veröffentlichung des letzten Vorschlages gegeben hat. Sperber sagte, man hätte erwarten müssen, dass die Bundesregierung der Viermächte-Arbeitsgruppe oder während des kürzlichen Washington-Besuches von Bundeskanzler Adenauer einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands unterbreiten würde, da die derzeitige internationale Situation einen solchen Plan dringend erfordere. "Da nichts unternommen wurde, fühlen wir uns verpflichtet, einen eigenen Plan zu entwerfen."

Deutlicher konnte wohl der Bundesregierung in Bonn nichts bescheinigt werden, wie sehr jetzt auch noch immer in den Vereinigten Staaten eine deutsche Initiative zu einer aktiven Wiedervereinigung vermisst wird.

Vielleicht erleben wir noch den Tag, an dem die ganze Welt den Zeitpunkt für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit für gekommen hält - ausser dem Chef der jetzigen Bundesregierung...

* * *

8. Juni 1957

Spaniens in das atlantische Bündnis und die Stationierung der bisher in der Bundesrepublik eingesetzten USA-Truppen auf der iberischen Halbinsel vorgeschlagen. Den Schlüsselstein dieser Konstruktion bildet die Forderung nach dem Friedensvertrag für Deutschland.

Dem "Amerikanischen Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands" gehören namhafte amerikanische Staatsbürger deutschen Ursprungs an. Die meisten von ihnen stammen aus Familien, die schon seit Generationen in den Vereinigten Staaten leben. Aber auch andere Amerikaner nichtdeutschen Ursprungs haben sich der Vereinigung angeschlossen. Darunter mehrere Senatoren und Kongressmitglieder. Sie alle fühlen sich verpflichtet, an der Überwindung der militärischen Blockpolitik in Europa mitzuarbeiten. Als sich der "Rat" vor einiger Zeit zum ersten Male an die Regierung mit einem Vorschlag wandte, liess Präsident Eisenhower den Initiatoren mitteilen, die Regierung werde die unterbreiteten Pläne "sorgfältig prüfen".

Für uns hier in Deutschland besonders interessant ist die Begründung, die der Vorsitzende des "Rates", Sperber, zur Veröffentlichung des letzten Vorschlages gegeben hat. Sperber sagte, man hätte erwarten müssen, dass die Bundesregierung der Viermächte-Arbeitsgruppe oder während des kürzlichen Washington-Besuches von Bundeskanzler Adenauer einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands unterbreiten würde, da die derzeitige internationale Situation einen solchen Plan dringend erfordere. "Da nichts unternommen wurde, fühlen wir uns verpflichtet, einen eigenen Plan zu entwerfen."

Deutlicher konnte wohl der Bundesregierung in Bonn nicht bescheinigt werden, wie sehr jetzt auch sogar in den Vereinigten Staaten eine deutsche Initiative zu einer aktiven Wiedervereinigung vermisst wird.

Vielleicht erleben wir noch den Tag, an dem die ganze Welt den Zeitpunkt für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit für gekommen hält - ausser dem Chef der jetzigen Bundesregierung...

* * *

Ein Welt-Marshall-Plan ist notwendig

ler. In vielen Artikeln wurde dieser Tage eine Rede in Erinnerung zurückgerufen, die zu den grossartigsten Bekundungen politischer Vernunft und weiser Voraussicht gehört. Die Rede des damaligen Aussenministers der Vereinigten Staaten, George Marshall, die er vor zehn Jahren an der Havard-Universität hielt, leitete in der Tat eine neue Epoche ein; sie bewahrte das nichtkommunistische, unter schrecklichen Kriegs- und Nachkriegsfolgen leidende Europa vor dem Versinken in den Morast, floss ihm belebende Impulse ein und schuf die Voraussetzungen für den erstaunlichen Wiederaufstieg eines damals, wie es schien, zum Untergang verurteilten Festkontinents. Ohne den Marshall-Plan wäre das nichtkommunistische Europa wohl verloren gewesen.

Der Vorstoss Schumachers

Zu den weitsichtigen Männern, die den Marshallplan sofort als ein Mittel der wirtschaftlichen und moralischen Stärkung eines zu jener Zeit in völliger Auflösung befindlichen Europas begriffen, gehörte neben dem damaligen britischen Aussenminister Bevin auch Kurt Schumacher. Im Anfang gab es bei den westlichen Siegermächten gewisse Widerstände gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in die Marshallhilfe. Die Demontage war noch voll im Schwung, die gewaltsame Drosselung der deutschen Industrie in vollem Gange, in den Militärregierungen steckte immer noch der Geist Morgenthau, jenes unglückseligen Mannes, der das industrielle Deutschland zum Ackerland verwandeln wollte. Die erste Amerikareise Schumachers galt dem Kampf gegen diesen wirtschaftlichen und politischen Wahnsinn. In der grossen Gewerkschaft der AFOL (American Federation of Labour) fand er verständnisvolle Verbündete. Deren Einfluss ist es zu verdanken, dass Westdeutschland, entgegen allen psychologischen und politischen Hemmnissen, doch noch in den Marshallplan mit einbezogen wurde und die Existenzgrundlage des deutschen Volkes erhalten blieb. Es ist notwendig, an diese Tat Kurt Schumachers zu erinnern, weil in den offiziellen Gedenkartikeln und Reden anlässlich der Havardrede Marshalls kaum jemand daran dachte, dass Schumacher es war, der sich mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit für die rasche Verwirklichung des Marshallplanes eingesetzt hatte.

Wenn der Marshallplan nicht auch Osteuropa und die Sowjetunion erreichte, so lag das an der Starrheit des damaligen Lenkers der Sowjetunion

Stalin. Er wählte die Isolierung und zwang sie auch den Polen und Tschechen auf. Wie anders würde die Welt heute aussehen, wäre der Wiederaufbau ganz Europas ein gemeinsames Werk von West und Ost gewesen! So vollzog er sich in einem Teil Europas in Frontstellung gegen den anderen Teil und legte damit den Grundstein zum Gebäude des die Welt viele Jahre beunruhigenden Kalten Krieges. Wenn über Polen nun sich zehn Jahre später ein Dollar-Regen ergiesst, -die polnisch-amerikanischen Verhandlungen schlossen mit einer Anleihe von 100 Millionen Dollar an Polen ab - so mag vielleicht damit ein neues Kapitel eröffnet sein. Diese Anleihe stiess auf kein Veto der Sowjetunion. Sie ist der äussere Niederschlag eines Klimas der Entspannung. Die national-kommunistische Regierung Polens und die Sowjetunion erblicken in amerikanischen Anleihen nicht mehr ein Mittel zur Unterwerfung unter dem "Diktat" der USA, sondern eine heissbegehrte Gabe. Wieviel andere kommunistisch regierte Länder werden dem polnischen Beispiel nach folgen?

Heute ist die damals so beunruhigende Frage, ob das nichtkommunistische Europa ein Zeitalter der Freiheit erreichen oder in einem System der Sklavenarbeit versinken werde, zugunsten der Freiheit und der Demokratie entschieden. Aus der völkerumspannenden Idee des Marshallplans entsprang die Kraft, die Europa befähigte, wieder auf eigenen Füüssen zu stehen. Die 131 Milliarden Dollar setzten sich in industrielle Neugründungen um, zwangen auch widerstrebende Regierungen zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, brachten die Völker einander näher.

Die neue Aufgabe

Wie fern scheint jene Zeit des Hungers, der Verzweiflung und erlahmenden Lebenswillens zurückzuliegen! Und doch sind es nur zehn Jahre her, da dieser Plan in die Tat umgesetzt wurde und unzählige Millionen von Menschen seinem Schöpfer zu grossem Dank verpflichtet. Er setzte der kommunistischen Bedrohung ein Halt entgegen, erfüllte die durch den Krieg erschöpften Völker mit neuem Elan und sicherte die Grundlagen für die Erhaltung der Freiheit. Die Sicherung dieser Freiheit kann freilich nicht mehr allein durch die Zusammenarbeit der europäischen Völker auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet erfolgen. Die Stellung Europas, einst die industrielle Werkstatt für die ganze Welt, wird heute von aussereuropäischen Kräften und Ent-

keiten der Democrazia Cristiana dennoch peinlich enttäuscht hat. Für die Regierung zu stimmen erklärten sich nämlich - neben der Democrazia Cristiana - lediglich die Parteien der Extremen Rechten bereit, also die beiden Monarchistengruppen und die neofaschistische MSI. Nicht einmal die parlamentarischen Vertreter der deutschen Sprachgruppe Südtirols, die bei früheren ähnlichen Gelegenheiten in der Regel mit der Democrazia Cristiana gestimmt haben, liessen sich diesmal dazu bereitfinden, der Regierung Zoli das Vertrauen zu votieren.

Zoli konnte nun freilich trotzdem mit einer parlamentarischen Mehrheit rechnen, denn die zugesicherten Ja-Stimmen des Rechtsblocks reichten hierzu aus. Aber über die hierdurch geschaffene Lage herrscht - ausser bei der Rechten - nirgends reine Freude. Denn gerade eine solche "Qualifizierung" nach der Rechten hin ist seit Jahren das gewesen, was die christlich-demokratische Parteileitung unbedingt vermeiden wollte, genau so, wie sie es stets abgelehnt hat, sich durch eine "apertura à sinistra" nach links hin zu "qualifizieren".

Es wird Zoli in den Augen der Öffentlichkeit wenig helfen, dass er es vermieden hat, eine Koalitionsregierung mit Vertretern des Rechtsblocks zu schaffen. Deswegen bleibt sein Kabinett doch dauernd auf die Stimmhilfe dieses Rechtsblocks angewiesen, und niemand bezweifelt, dass die monarchistischen und neofaschistischen Klubs sich diese Unterstützung mehr oder minder teuer werden bezahlen lassen.

Ein prominentes Mitglied des christlich-demokratischen Führungsstabes, der frühere Innenminister und Ministerpräsident Mario Scelba, hat diesem weithin empfundenen Unbehagen sehr deutlich Ausdruck verliehen. Er verlangte entweder einen neuerlichen Versuch zu unternehmen, mit den übrigen Parteien der Mitte zu einer Koalitionsvereinbarung zu gelangen, oder aber, falls sich dies als unmöglich erweise, Neuwahlen auszuschreiben. Die nahe Zukunft wird erweisen, ob dieser überraschende Vorstoss Scelbas konkrete Folgen haben wird oder nicht. Sicher aber ist es kein gutes Omen für die neue Regierung, dass ein so prominenter christlich-demokratischer Politiker wie Scelba es für nötig gehalten hat, diese Regierung, die sich aus seinen eigenen Parteifreunden zusammensetzt, öffentlich zum Rücktritt aufzufordern.

8.6.1957

Ein interessanter Brief

An die Chefredaktion der "Weltwoche", Zürich.

Sehr geehrte Herren!

In Ihrer Ausgabe vom 31. Mai 1957 befassen Sie sich im Leitartikel "Zweimal falsch ist noch nicht richtig" mit der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu militär- und außenpolitischen Problemen. Bei den Diskussionen um die Aufstellung einer deutschen Armee hat die SPD immer wieder gefordert, dass diese Truppe mit modernen Waffen ausgerüstet werden müsse. Diese Forderung der SPD wurde erhoben, weil die sehr grosse, nur durch die Intervention der SPD verhinderte Gefahr bestand, dass die Bundeswehr mit zwar sehr teuren, aber völlig veralteten Panzern und anderen veralteten Modellen der konventionellen Waffenarten ausgerüstet würde. Sie hat dagegen niemals nach sogenannten "taktischen" Atomwaffen gerufen. In dieser Frage gibt es keinen "alten Standpunkt" und keinen "neuen Standpunkt".

Es ist unrealistisch, zu behaupten, dass "keine Kursänderung in den USA" vor sich gegangen ist. Sie bekräftigen das und widerlegen sich damit zugleich, indem Sie schreiben: Dulles, dessen gesamte Konzeption etwas in Unordnung gerät". Wodurch denn als durch die benannte Kursänderung? Und diese Kursänderung verläuft von der bisherigen Konzeption Adenauers weg in Richtung der Vorschläge der deutschen Sozialdemokraten.

Gerade diese Erkenntnis der weltpolitischen Entwicklung hat im Gegensatz zu Ihren Behauptungen dazu beigetragen, dass die in der Vergangenheit recht unterschiedlichen Ansichten zu diesem weltpolitischen Problem innerhalb der Sozialistischen Internationale immer geringer werden. Diese Feststellung wird nicht zuletzt durch den sogenannten Gaitskell-Plan und die Diskussionen in Bonn anlässlich des englisch-deutschen Gesprächs im April 1957 bestätigt.

Es gibt gar keinen Zweifel darüber, dass die Wiedervereinigung Deutschlands, die uns begreiflicherweise sehr am Herzen liegt, nur auf friedlichem Weg und nur durch "Verhandlungen und Zusagen" zustandekommen kann. Warum Sie diese Meinung als unrealistisch bezeichnen, ist unerklärlich. Diese Meinung lässt sich nicht einfach verwerfen, sie muss in der Praxis erprobt werden, allerdings mit einer Regierung, die initiativ und agil ist und nicht an einem starren Dogma festhält.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Fr. Heine

* * *

Ausdruck der Enttäuschung

sp. Es müssen schon sehr gewichtige Gründe sein, wenn ein Mann, der die hessische CDU mitbegründen half, nun nach 12-jähriger Mitgliedschaft seinen Austritt aus dieser Partei vollzieht und der SPD beitrifft. Und dies einige Monate vor den Bundestagswahlen. Ernst Leuninger ist kein Mann von ungefähr. Als zweiter Landesbezirksvorsitzender des DGB bekleidete er in hessischen CDU-Führungskreisen eine wichtige Stellung, er galt für diese Partei nach aussen hin als der Repräsentant des linken Flügels und des sozialen Gewissens. Aber der linke Flügel und soziales Gewissen ist heute in der CDU kein Boden und keine Resonanz mehr vorhanden.

Das hatte der Hamburger Parteitag recht deutlich gemacht. Der sogenannte "linke Flügel", der in den vergangenen Jahren als ein werbeträchtiges Aushängeschild diente, wurde im Laufe der Entwicklung abmisiert, sein Führer, der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, kroch zu Kreuze. Übrig blieben die gründlich desillusionierten Anhänger. Für sie gibt es keine politische Heimat mehr in der CDU.

Ernst Leuninger tat seinen Schritt nach reiflichen Überlegungen. Er ist die Konsequenz einer in der CDU weitverbreiteten Unruhe und entspringt der Einsicht, dass es heute vor allem an der Wende der deutschen Politik darauf ankommt, die sozial bewussten und freiheitlichen Kräfte zu stärken. Noch manche Enttäuschte dürften Ernst Leuninger folgen.

+ + +

Geburtstagesgeschenk

sp. Dem zurückkehrenden Bremer Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen, der seinen 70. Geburtstag irgendwo ausserhalb Europas verbrachte, erwartet ein besonders schönes, ihn gewiss erfreuendes Geburtstagsgeschenk. Bis heute sind über 30 000 DM an Spenden für die Bremer Volkshilfe eingegangen. Er hatte den Wunsch geäussert, von allen Geschenken abzusehen und an deren Stelle lieber die Volkshilfe zu bedenken. Der niedrigste Betrag von 70 Pfennig kommt von einem Rentner, der höchste mit 7 000 DM von einer Schifffahrtsgesellschaft. Die Liste ist noch nicht abgeschlossen, sie muss täglich verlängert werden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel